Mitteilung des Senats vom 27. April 2004***Bericht des Senats über den Fortgang der Bemühungen, die Europafähigkeit der Verwaltung zu verbessern***

Die Bürgerschaft (Landtag) hat am 25. Februar 2004 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat bis April 2004 um einen Bericht über den Fortgang der Bemühungen, die Europafähigkeit der Verwaltung anhand der im November 2002 vorgestellten Maßnahmen (z. B. Angebot und Wahrnehmung europapolitischer Qualifizierungsmaßnahmen durch Bedienstete der bremischen Verwaltung, Relevanz EU-bezogener Kompetenzen bei Personalrekrutierung und -entwicklung, Ressortpräsenz und Hospitationen in der Brüsseler Vertretung, Abordnungen in die Europäische Kommission etc.) zu verbessern.“

Der Senat übermittelt der Bürgerschaft (Landtag) nachstehend den erbetenen Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Einleitung

In der letzten Legislaturperiode hatte der Senat in seiner Antwort (Drs. 15/1286) auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU (Drs. 15/1250) zum Thema „Die europäische Dimension in der Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen“ umfassend zum Stand und zu den künftigen Schwerpunkten der europabezogenen Aufgabenwahrnehmung in der Landesverwaltung Stellung genommen.

Darin hatte der Senat in Aussicht gestellt, die Zusammenarbeit zwischen EU-Abteilung und bremischer Landesvertretung in Berlin im Hinblick auf frühestmögliche Identifizierung und kontinuierliche Begleitung gemeinschaftlicher Rechtssetzungsakte zu optimieren, die verwaltungsinternen EU-bezogenen Informationsströme zu verbessern, eine Bestandsaufnahme im Hinblick auf die Wahrnehmung der EU-Aufgaben in den Ressorts zu erarbeiten und schließlich das EU-relevante Fortbildungsangebot für die Verwaltung auszubauen.

Im Frühjahr 2003 erstellte die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa eine Bestandsaufnahme zu den vorhandenen Kapazitäten, den Defiziten und erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen im Hinblick auf die Wahrnehmung der EU-Aufgaben in den Ressorts. Auf dieser Grundlage wurden Maßnahmen entwickelt, die zu einer nachhaltigen Steigerung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung führen sollen. In der Bestandsaufnahme wurde die Notwendigkeit festgestellt, das ressortübergreifende Angebot EU-bezogener Fort- und Weiterbildung einschließlich des Fremdsprachenerwerbs zu verbessern (vgl. Ziffer 1 „Qualifizierung der Landesbediensteten“), zeitweilige Personalentsendungen in die Bremer EU-Vertretung und die EU-Kommission zu intensivieren (vgl. Ziffern 2 „Entsendung von Landesbediensteten in die EU-Institutionen“ und 3 „Ressortpräsenz in der Bremer Vertretung bei der EU“) sowie einschlägige Qualifikationen bei Einstellungen stärker zu berücksichtigen.

Schließlich legte die Bevollmächtigte im Februar 2004 Vorschläge für ein verbessertes Verfahren zur frühzeitigen Wahrnehmung und Begleitung von EU-Rechtsetzung und zur Fortentwicklung der verwaltungsinternen Kommunikationsströme (vgl. Ziffer 4 „Begleitung der EU-Rechtsetzung“) vor.

Sämtliche Maßnahmen sind in den Beschluss des Senates zu „Verbesserung der Europafähigkeit der Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen“ vom 23. Februar 2004 eingeflossen.

1. Qualifizierung der Landesbediensteten

Die Bevollmächtigte und der Senator für Finanzen haben das bestehende EU-bezogene ressortübergreifende Jahresfortbildungsprogramm gemeinsam weiterentwickelt. Ähnlich wie in den Vorjahren werden darin Grundlagenseminare, Ganztagesveranstaltungen, Vorträge und mehrtägige Studienfahrten – auch unter Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung – zu bremenrelevanten EU-Themen ausgerichtet; hierbei wird die Praxis der gegenseitigen Öffnung der ressortübergreifenden Fortbildungsprogramme des Senators für Finanzen und des Innenministeriums Niedersachsen einbezogen. Die Bevollmächtigte bietet den Ressorts überdies an, weitere Fortbildungsveranstaltungen zu fachspezifischen EU-Fragestellungen zu organisieren. Die Resonanz auf das allgemeine wie auch das fachspezifische Fortbildungsangebot ist gut, wie den steigenden Teilnehmerzahlen entnommen werden kann.

In den Jahren 2003 und 2004 wurde das Angebot der Bevollmächtigten, Landesbedienstete im Rahmen von Hospitationen in der Bremer Vertretung in Brüssel weiter zu qualifizieren, in zwei Fällen wahrgenommen. Nach gegenwärtigem Stand sind für das laufende Jahr insgesamt drei weitere Hospitationen mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen sowie dem Senator für Bildung und Wissenschaft vereinbart.

Mit Jahresbeginn 2003 wurde erstmalig eine Nachwuchskraft für die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes („Führungskräftepool“) für die Dauer einer einjährigen Ausbildungsstation in die Bremer Vertretung nach Brüssel entsandt. Dieses Verfahren hat sich aus Sicht der Bevollmächtigten bewährt und soll im Jahresrhythmus fortgesetzt werden. Entsprechend hat im Januar 2004 eine weitere Nachwuchskraft ihre Tätigkeit aufgenommen.

Bislang konnte bereits eine besonders qualifizierte Praktikantin der Vertretung in Brüssel zu einer erfolgreichen Bewerbung auf eine Stelle (höherer Dienst) in der öffentlichen Verwaltung des Landes Bremen ermuntert werden.

2. Entsendung von Landesbediensteten in die EU-Institutionen

Die zeitlich befristete Entsendung von Fachleuten aus den senatorischen Dienststellen und nachgeordneten Bereichen als „Nationale Experten“ in die EU-Organe oder andere Einrichtungen mit EU-Relevanz trägt zur Sicherung bremischer Belange bei der Gestaltung der EU-Politik in für Bremen relevanten Handlungsfeldern bei. Darüber hinaus werden auf diese Weise fachliches Know-how erworben und Netzwerke geschaffen, die nach Rückkehr der Beschäftigten in ihre Behörden bzw. Einrichtungen weiter im bremischen Interesse genutzt werden können.

Seit Jahresbeginn 2003 unterrichtet die Europaabteilung der Bevollmächtigten die Ressorts systematisch über geeignete Stellenausschreibungen für „Nationale Experten“ bei den EU-Institutionen. Im Rahmen des Haushaltsvollzuges für die Jahre 2004/2005 werden die Voraussetzungen geschaffen, die den Ressorts künftig die Entsendung von „Nationalen Experten“ ermöglichen werden.

3. Ressortpräsenz in der Bremer Vertretung bei der EU

Der Senat hat zuletzt mit Beschluss vom 23. Februar 2004 das Erfordernis bekräftigt, die fachliche Präsenz der Ressorts in der Bremer Vertretung bei der EU auf dem jetzigen Niveau zu stabilisieren. Die Besetzung der Spiegelreferate wird danach weiterhin – neben den Referentinnen und Referenten der Europaabteilung der Bevollmächtigten – durch befristete Abordnungen aus den Fachressorts gewährleistet; zur budgetären Absicherung der Abordnungen wurde die zuvor unter Ziffer 2 genannte Lösung entwickelt.

Durch die damit erreichte Absicherung der Abordnungen an die Brüsseler Vertretung, mit denen die Ressorts SenWH, SenAFGJS sowie SenBUV in Brüssel vertreten sind, ist gewährleistet, dass der bestehende Grad an Ressortpräsenz und Aufgabenwahrnehmung in der Brüsseler Vertretung stabilisiert werden kann.

4. Begleitung der EU-Rechtsetzung

Die EU-Kommission veröffentlicht jeweils am Jahresende ihr „Legislativ- und Arbeitsprogramm“ (AP) für das Folgejahr. Darin sind alle beabsichtigten Legislativ- und anderen Maßnahmen beschrieben, mit denen sich die Kommission im Bezugsjahr befassen wird.

Vor diesem Hintergrund hat die Bevollmächtigte erstmalig zur Jahreswende 2003/2004 eine Auswertung des AP 2004 mit dem Ziel vorgenommen, die für die Freie Hansestadt Bremen relevanten Vorhaben zu identifizieren und Vorschläge zu unterbreiten, wie die einzelnen Vorhaben im Zusammenwirken zwischen den einschlägigen Abteilungen/Referaten der Fachressorts, den Spiegelreferentinnen und -referenten in der Vertretung in Brüssel und den zuständigen Referentinnen und Referenten der Landesvertretung in Berlin begleitet und aufbereitet werden. Auf diese Weise wird die zuständige Fachebene der Ressorts frühzeitig und stärker als bisher in die Meinungsbildung einbezogen und im EU-bezogenen Abstimmungsprozess gestärkt. Der Senat hat bereits beschlossen, dieses Auswertungsverfahren fortzusetzen und die Staatsrätekonferenz zu Anfang jeden Jahres über die Verfolgung des AP zu informieren.

Die laufende Unterrichtung zwischen Fachressorts, EU-Abteilung und Landesvertretung beim Bund in Berlin über den Bearbeitungsstand der EU-Vorhaben sowie über die ressortübergreifenden EU-Angelegenheiten erfolgt weiterhin im Arbeitskreis der EU-Referentinnen und -Referenten. Dabei obliegt es den Ressorts, eine regelmäßige Präsenz im Arbeitskreis sicherzustellen. Wie in den vergangenen Jahren wird der Arbeitskreis auch künftig jährlich eine Arbeitstagung in Brüssel durchführen.

5. Politische Präsenz bei der EU

Die vom Senat am 23. Februar 2004 beschlossene Ausweitung der Präsenz von Spitzenvertretern bremischer Ressorts in Brüssel ist nicht nur ein Beitrag zur verstärkten Wahrnehmung bremischer Interessen bei der EU, sondern hat auch Signalwirkung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich intensiver mit den EU-Bezügen ihrer Tätigkeit auseinander zu setzen. Vor diesem Hintergrund wird der Senat seinen Austausch mit Gesprächspartnern in den EU-Institutionen intensivieren. Überdies sieht er während der laufenden Legislaturperiode Tagungen der Staatsrätekonferenz und eine Senatssitzung mit europapolitischer Schwerpunktsetzung in Brüssel vor.

Dem Ziel einer intensiveren politischen Präsenz der Freien Hansestadt Bremen bei der EU und der verstärkten Berücksichtigung von EU-Bezügen in der Arbeit der Deputationen und Ausschüsse der Bremischen Bürgerschaft dienen auch regelmäßige Arbeitsbesuche von Parlamentarierdelegationen zu europapolitischen Themen in Brüssel.